

Bern, 2. Juni 2020

Sommersession 2020: Empfehlungen von AvenirSocial

Sehr geehrte Mitglieder des Nationalrates

[AvenirSocial](#) ist der Berufsverband der Sozialen Arbeit und vertritt die Interessen der Fachpersonen mit einer tertiären Ausbildung in Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Soziokultureller Animation, Kindererziehung und Sozialpädagogischer Werkstatteleitung.

Was Sie als Parlamentarier*in entscheiden, hat direkte Folgen für die Profession, die Fachpersonen und die Adressat*innen der Sozialen Arbeit. Als Berufsverband sind wir bestrebt, dass Ihre Entscheidungen zu mehr Solidarität und sozialer Gerechtigkeit führen. Ebenso streben wir die Ermächtigung der Menschen an, sodass eine selbstbestimmte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben möglich ist.

In fast allen Lebensbereichen geht es letztendlich auch um Aspekte der Sozialen Arbeit. Dies möchten wir Ihnen anhand von verschiedenen Geschäften, die Sie in der Sommersession behandeln, aufzeigen. Unsere Empfehlungen zu früheren Geschäften finden Sie [hier](#).

Armut

[19.3953](#) – Motion WBK-SR. Regelmässiges Monitoring der Armutssituation in der Schweiz

Behandlung am Dienstag, 2. Juni 2020

*Empfehlung: **Annahme***

Die Armut in der Schweiz ist real, fast acht Prozent der Bevölkerung leben in Armut, 15 Prozent sind insgesamt von Armut bedroht. Dies wird in unserem wohlhabenden Land oft vergessen. Gibt es dazu verlässliche, national koordinierte Daten und Analysen der Wirksamkeit von Massnahmen zur Armutsprävention und -bekämpfung, kann eine effektive Armutsstrategie entworfen werden. Somit begrüsst es AvenirSocial, dass die Motion fordert, einen 5-jährigen Monitoring-Zyklus über die Entwicklungen der Armutsindikatoren zu erstellen.

Eine Bemerkung erlauben wir uns jedoch: neben einem Monitoring bedarf es auch zusätzlicher Mittel, um die Lebenssituation der Armutsbetroffenen konkret zu verbessern – sowohl ökonomisch wie auch sozial und dies unter Beteiligung aller Akteuer*innen. Diese Haltung hat AvenirSocial im Rahmen des Nationalen Programms gegen Armut, das 2018 ausgelaufen ist, stets vertreten und erachtet sie aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Armutsbetroffene als umso dringlicher.

Sozialversicherungen

19.051 – Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose. Bundesgesetz

Behandlung am Dienstag 2. Juni 2020

*Empfehlung: **Annahme***

Der Bundesrat beantragte Mitte 2019, dass Personen, die nach dem 60. Altersjahr von der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert werden, bis zur ordentlichen Pensionierung eine Überbrückungsleistung (ÜL) erhalten, wenn sie in erheblichem Umfang erwerbstätig waren und wenig Vermögen besitzen. Dass ältere Arbeitslose mittels Überbrückungsleistung unterstützt werden sollen, ist ein Meilenstein im System der sozialen Sicherheit und schliesst eine wichtige Lücke. Denn die Zahlen belegen: Das Risiko für Altersarmut in der Schweiz hat zwischen 2011 und 2017 zugenommen. In dieser Alterskategorie werden über 40% mehr Arbeitslose erhoben - worunter die Personen, die nach zwei Jahren Arbeitslosenentschädigung in die Sozialhilfe übergehen, noch nicht berücksichtigt sind.

Integration

19.303 - Integrationskosten

Behandlung am Donnerstag, 18. Juni 2020

*Empfehlung: **Ablehnung***

Die Standesinitiative des Kantons Thurgau versucht auf neuem Weg die Kostenübernahme der sogenannten Integrationskosten für Fremdsprachige zu erreichen. Dies, nachdem das Bundesgericht entschieden hat, dass diese Massnahme, die das Thurgauer Kantonsparlament beschlossen hatte, nicht verfassungskonform ist.

AvenirSocial stellt sich klar gegen diese Standesinitiative, die offenbar nicht nur die Anforderungen an eine erfolgreiche Integration verkennt, sondern diese unter der Androhung von Zwang und Strafe durchzusetzen versucht. Zudem stellt sich die Frage, wie sich diese Standesinitiative in einem Staat mit vier Landessprachen umsetzen lässt.

16.307 - Änderung des Ausländergesetzes. Mehr Verbindlichkeit und Durchsetzung des geltenden Rechts bei Integration, Sozialhilfe, Schulpflichten und strafrechtlichen Massnahmen

Behandlung am Freitag, 19. Juni 2020

*Empfehlung: **Ablehnung***

Die Standesinitiative des Kantons St. Gallen fordert eine Verschärfung des sogenannten Ausländergesetzes. Zukünftig soll eine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung einfacher widerrufen werden können.

AvenirSocial betrachtet das Vorgehen nicht als zielführend. Integration kann keinesfalls durch die Schaffung unterschiedlicher Rechtgrundlagen für sogenannte Ausländer*innen und Schweizer*innen verbessert werden. Weiter basiert die Initiative auf der Annahme, dass die gegenwärtige Situation durch die Androhung eines Landesverweises verbessert werden kann, was stark bezweifelt wird. Als besonders stossend empfindet AvenirSocial die Erwähnung einer einzelnen, in die Schlagzeilen geratenen Familie, die keinesfalls stellvertretend für alle fremdsprachigen Migrant*innen stehen kann.

Menschenrechte

20.3143 - Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland sowie Reform des Dublin-Abkommens

Behandlung am Mittwoch, 3. Juni 2020

*Empfehlung: **Annahme***

Der Bundesrat wird beauftragt, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Situation auf den ägäischen Inseln substantiell verbessert wird. Zudem soll die Schweiz auch eigene Solidaritätsleistungen ergreifen. Weiter wird der Bundesrat damit beauftragt, sich auf europäischer Ebene für eine Reform des Dublin-Abkommens einzusetzen, hin zu einer gerechteren und gleichmässigeren Verteilung unter Sicherstellung einer menschenwürdigen Behandlung der Flüchtlinge.

AvenirSocial unterstützt diese Motion der Staatspolitischen Kommission zur Verbesserung der Situation für Menschen auf der Flucht und betrachtet dies als einen notwendigen Akt der Solidarität mit besonders vulnerablen Personen.

18.321 - Stopp der Administrativhaft für Kinder!

Behandlung am Mittwoch 17. Juni

*Empfehlung: **Annahme***

Die Standesinitiative des Kantons Genf fordert in der Anpassung des sogenannten *Bundesgesetzes über Ausländerinnen und Ausländer* ein Verbot der Administrativhaft für Kinder. Im Jahr 2016 waren in der Schweiz 64 Kinder aufgrund ihres Aufenthaltsstatus inhaftiert. Dieser unhaltbare Zustand wird von der UNO, weiteren internationalen NGO's, mehreren Staaten und teilweise von den Kantonen kritisiert.

AvenirSocial unterstützt diese Standesinitiative zur Änderung einer menschenunwürdigen Praxis, die keinesfalls auf Kinder angewendet werden darf.

Familie/Ehe/Kinder

13.468 - Parl. Initiative Ehe für alle

Behandlung am Mittwoch, 3. Juni 2020

*Empfehlung: **Annahme***

Die parlamentarische Initiative möchte die bisherig rechtlich geregelten Lebensgemeinschaften (Heirat und eingetragene Partnerschaft) für alle Paare öffnen – unabhängig ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung.

AvenirSocial unterstützt diese Forderung voll und ganz. Die heutige Beschränkung dieses Rechts auf heterosexuelle Paare ist diskriminierend und gerade nach der richtungsweisenden Abstimmung über die Ausweitung der Diskriminierungsstrafnorm von Anfang Februar 2020 ist es zentral, den Weg für eine offene Gesellschaft weiter zu gehen.

13.478 - Einführung einer Adoptionsentschädigung

Behandlung am Mittwoch, 8. Juni 2020

*Empfehlung: **Annahme***

Eltern, die ein Kind im Alter von bis zu vier Jahren adoptieren, sollen Anrecht auf eine Adoptionsentschädigung im Sinne der Erwerbersatzordnung erhalten. Dies mit der Begründung, dass der Zweck der Mutterschaftsentschädigung auch im Falle einer Adoption gegeben ist. Dadurch strebt die parlamentarische Initiative eine Verbesserung für Eltern, die

ein oder mehrere Kinder adoptieren, gegenüber den bereits anspruchsberechtigten Eltern zu erreichen an.

AvenirSocial begrüsst diese Forderung und anerkennt den Anspruch jener Eltern an, die Kinder adoptierten.

17.412 - Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter

Behandlung am Donnerstag, 18. Juni

*Empfehlung: **Annahme***

Die parlamentarische Initiative verlangt die Anpassung des Bundesgesetzes über die Förderung der ausserschulischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen unter Artikel 4, der die Zielgruppe des Gesetzes benennt. Momentan besteht die Zielgruppe gemäss Artikel 4 aus Kindern und Jugendlichen ab dem Kindergarten bis zum 25. Lebensjahr. Ziel der parlamentarischen Initiative ist es, den Anspruch von Geburt an auf alle Kinder auszuweiten. AvenirSocial begrüsst die Anpassung dieses entsprechenden Bundesgesetzes zugunsten der Verbesserung der Chancengleichheit unter Jugendlichen und Kindern.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung der Anliegen. Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Flavio Steiger
Co-Geschäftsleiter (Stv.)

Tobias Bockstaller
Fachliche Grundlagen